



Presseinformation



Wiesbaden, 19. September 2014

„Muslime stehen auf gegen Hass und Unrecht“

Staatssekretär und Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung

spricht anlässlich des Aktionstages in Abubakr Moschee in Frankfurt:

„Kein Platz in unserer Gesellschaft für religiösen Extremismus und Rassismus“

Frankfurt. Der Hessische Staatssekretär und Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Jo Dreiseitel, lobte den bundesweiten Aktionstag „Muslime stehen auf gegen Hass und Unrecht“ als „wichtiges Signal für eine solidarische Gesellschaft, in der religiöser Extremismus, Diskriminierung von Andersgläubigen und Rassismus keinen Platz haben dürfen.“ Insbesondere im Hinblick auf den internationalen Terrorismus der Terrormiliz Islamischer Staat und den zu Tage getretenen Antisemitismus begrüße die Hessische Landesregierung, wie deutlich die muslimischen Verbände ihre Position machen. „Mit der Einladung von Dr. Dieter Graumann, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, in die Abubakr Moschee zu diesem Anlass setzen die islamischen Verbände ein unübersehbares Zeichen, denn Antisemitismus und Islamphobie gefährden das Miteinander in unserer Gesellschaft“, betonte Dreiseitel.

Die islamischen Verbände in Deutschland wollen mit dem bundesweiten Aktionstag öffentlich gegen Extremismus jeglicher Couleur im Namen der Religion vorgehen. Auslöser dafür sind die Verbrechen islamistischer Terrorgruppen im Irak und Syrien, aber auch jüngste Angriffe auf Synagogen und Moscheen in Deutschland. In neun ausgewählten Städten, darunter Frankfurt, soll der Aktionstag im Anschluss an das

muslimische Freitagsgebet mit einer Mahnwache und Friedenskundgebung begleitet werden.

Aufs schärfste verurteilte Jo Dreiseitel die Angriffe auf Synagogen und Moscheen. „Eine Gesellschaft, in der Gotteshäuser geschändet werden, ist inhuman und kriminell. Alle Bürgerinnen und Bürger sind deshalb aufgerufen, dagegen vorzugehen. Ebenso lehnen wir religiösen Fundamentalismus und Salafismus ab. Dies wird mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft“, so der Bevollmächtigte.

„Genauso wenig können wir tatenlos dabei zusehen, wie einige Wenige das Ansehen muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land beschädigen. Sie haben unsere volle Solidarität in der Auseinandersetzung mit denjenigen, die das friedliche Miteinander in unserer Gesellschaft stören und sich der Gewalt zuwenden“, so Dreiseitel.

„Vielfalt in Hessen: Perspektiven eröffnen‘ ist der Leitspruch der hessischen Integrationspolitik. Die kulturelle Vielfalt, die wir heute und in unserem alltäglichen Leben erleben können, stellt eine absolute Bereicherung dar. Diese Vielfalt ist ein Gewinn für unsere Bürgerinnen und Bürger und für unser Land, gerade weil sie uns auch herausfordert. Diese zu verteidigen und für ein Gesellschaft einzutreten, die zusammenhält statt ausgrenzt, ist das Ziel der Hessischen Landesregierung“, sagte Dreiseitel abschließend.
